



Unterstützung in der Corona-Krise

Die Bundes-Regierung hat Pläne beschlossen



Pläne der Bundes-Regierung



Die Corona-Krise hat viele Folgen für Betriebe und Berufs-Tätige.

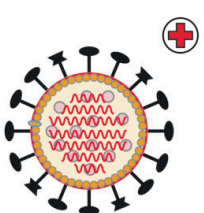
Gegen diese Folgen möchte die Bundes-Regierung etwas unternehmen.

Deswegen hat sie am 12. Juni verschiedene Dinge beschlossen.

Im folgenden Text steht unter anderem:

- Welche Probleme gibt es durch Corona?
- Was will die Regierung dagegen tun?
- Was sagen andere zu den Plänen?

Probleme durch Corona



Seit ungefähr 3 Monaten beschäftigt uns alle die Corona-Krise.

Die Corona-Krise hat die unterschiedlichsten Probleme gebracht.

Große Probleme bringt sie zum Beispiel für Betriebe und Berufs-Tätige.



Denn:

In der Corona-Krise waren viele Geschäfte geschlossen.

Betriebe konnten nicht so arbeiten, wie vor der Krise.

Veranstaltungen wurden abgesagt.

Dadurch haben die Betriebe in Deutschland viel weniger Geld verdient.

Inzwischen sind die Corona-Regeln nicht mehr ganz so streng.

Aber viele Betriebe haben noch immer Probleme.

Denn: Sie können noch immer nicht so arbeiten wie vor der Corona-Krise.

Und: In schwierigen Zeiten geben die Menschen weniger Geld aus.

Denn sie wissen nicht, was die Zukunft bringt.

Und gerade im Moment wissen viele Menschen nicht, ob sie vielleicht ihre Arbeit verlieren.

Oder weniger Geld verdienen werden.

Darum sparen sie.





Betriebe verdienen also im Moment noch immer viel weniger als vor Corona.

Wenn sie zu wenig verdienen, dann können sie ihre Mitarbeiter nicht bezahlen. Oder sie müssen sogar Menschen entlassen.

Diese Menschen haben dann wieder weniger Geld, das sie ausgeben können.

Das ist wieder schlecht für die Betriebe.



Man sagt dazu auch: Der Wirtschaft in Deutschland geht es im Moment schlecht.

Mit dem Wort „Wirtschaft“ meint man zum Beispiel alles, was mit Produkten zu tun hat.

Zum Beispiel:

- Produkte herstellen
- Produkte verkaufen
- Produkte kaufen
- Produkte benutzen

Unterstützung für die Wirtschaft

Viele Experten und Politiker wussten deswegen schon am Anfang der Corona-Krise:

Die Wirtschaft von Deutschland wird Unterstützung brauchen.

Und genau dieses Ziel möchte die Bundes-Regierung erreichen.

Deswegen hat sie am 12. Juni verschiedene Dinge beschlossen.

Damit möchte sie vor allem 2 Dinge tun:

1) Betriebe sollen unterstützt werden.



2) Die Menschen sollen wieder Lust bekommen, Geld auszugeben.

Um das zu schaffen, gibt es verschiedene Möglichkeiten:

- Man kann dafür sorgen, dass die Menschen mehr Geld zur Verfügung haben.

Denn: Wer mehr Geld hat, der gibt meist auch mehr Geld aus.

- Man kann dafür sorgen, dass Waren weniger kosten.

Dann kaufen die Menschen mehr.

- Man kann den Menschen die Sorge vor der Zukunft nehmen.

Zum Beispiel die Sorge, dass ihr Betrieb vielleicht schließen muss.

Und dass sie dadurch ihre Arbeit verlieren.

Was plant die Bundes-Regierung?

Die Bundes-Regierung hat ganz unterschiedliche Dinge beschlossen.

Alle Pläne zusammen nennt man auch: Konjunktur-Paket.

„Konjunktur“ ist ein Fach-Wort.

Damit beschreibt man, wie gut es der Wirtschaft geht.

Bei einer guten Konjunktur geht es der Wirtschaft gut.

Bei einer schlechten Konjunktur geht es ihr schlecht.

Insgesamt hat die Bundes-Regierung 50 unterschiedliche Dinge beschlossen.

Mit manchen sollen Betriebe unterstützt werden.

Durch manche sollen die Menschen mehr Geld zur Verfügung haben.

Außerdem sollen auch Gemeinden und öffentliche Einrichtungen mehr Geld bekommen.





Bisher wurde nur ein Teil der Pläne beschlossen.

Weitere Dinge sollen in den nächsten Wochen noch beschlossen werden.

Hier einige Beispiele für die Pläne:

Günstigere Waren

Die Mehrwert-Steuer ist eine Steuer, die jeder von uns beim Einkaufen bezahlt.

Sie ist ein Teil des Preises, den der Kunde im Geschäft zahlt.

Das Geschäft gibt die Steuer dann an den Staat weiter.

Nun wurde beschlossen:
Die Mehrwert-Steuer soll niedriger werden.

Das bedeutet: Die Geschäfte müssen weniger Geld an den Staat geben.

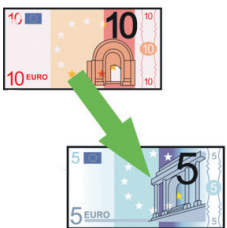
Das Ziel ist: Die Geschäfte sollen den niedrigen Preis an ihre Kunden weitergeben.

Das bedeutet: Waren könnten ein bisschen günstiger werden.

Dann könnten sich die Menschen für ihr Geld mehr leisten.

Ob das klappt, weiß man aber nicht.

Denn: Geschäfte entscheiden selbst, ob sie ihre Waren günstiger machen.



Geld für kleine und mittelgroße Betriebe

Manche Betriebe verdienen durch Corona viel weniger Geld.

Sie sollen Unterstützung vom Staat bekommen.

Sie müssen zeigen, dass sie jetzt deutlich weniger verdienen als vor einem Jahr.

Dann bezahlt der Staat einen Zuschuss, zum Beispiel für die Miete.



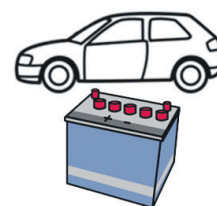
Geld für Familien

Familien mit Kindern sollen für jedes Kind 300 Euro Zuschuss bekommen.

Und zwar für jedes Kind, für das es auch Kinder-Geld gibt.

Das Geld wird auf 2 Monate verteilt.

Je Monat bekommen die Eltern dann 150 Euro pro Kind.



Geld für E-Autos

Die Bundes-Regierung unterstützt schon länger den Kauf von Autos, die mit Strom fahren.

Das bedeutet: Wer so ein Auto kauft, bekommt Geld vom Staat dazu.

Bisher sind das 3.000 Euro.

Und zwar wenn das Auto weniger als 40.000 Euro kostet.

Dieser Zuschuss soll bis Ende 2021 auf 6.000 Euro erhöht werden.

Damit sollen die Auto-Hersteller unterstützt werden.

Denn in der Auto-Herstellung gibt es in Deutschland besonders viele Arbeits-Plätze.

Weitere Pläne

Die Bundes-Regierung hat noch viele weitere Dinge beschlossen.

Zum Beispiel:

- Unterstützung von Kultur-Angeboten
Zum Beispiel Museen, Theater, Kinos oder Musik
- Unterstützung von Vereinen, die etwas Gutes für die Gesellschaft tun
Diese Vereine nennt man auch: gemeinnützige Vereine.
- Geld für die Deutsche Bahn
- Unterstützung von Gemeinden
- Mehr Geld für Schulen und Kitas
- Strom soll etwas günstiger werden.



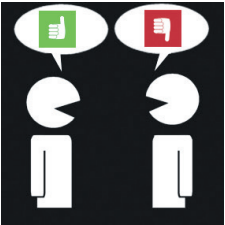


Was soll das kosten?

Alle Pläne sollen zusammen ungefähr 130 Milliarden Euro kosten.

Um das zu bezahlen, will der Staat neue Schulden machen.

Unterschiedliche Meinungen



Zu den Plänen gibt es unterschiedliche Meinungen.

Die Bundes-Regierung findet sie gut.

Sie sagt:

So kann die Wirtschaft mit voller Kraft unterstützt werden.

Es gibt aber auch viele, die bestimmte Teile der Pläne schlecht finden.

Eine Kritik lautet:

Bei vielen der Pläne weiß man nicht, ob sie etwas bringen. Trotzdem werden sie viel Geld kosten.

Ein Beispiel dafür ist die niedrigere Mehrwert-Steuer.

Die wird etwa 20 Milliarden Euro kosten.

Man weiß aber nicht einmal, ob die Geschäfte sie an die Kunden weitergeben.

Ob Waren also wirklich günstiger werden.



Eine andere Kritik lautet:

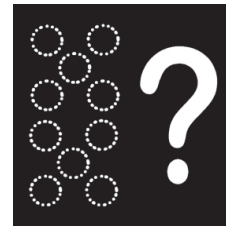
Viele der beschlossenen Dinge sollen nur für eine bestimmte Zeit gelten.

Die 300 Euro für jedes Kind sollen Familien zum Beispiel nur einmal bekommen.

Und die Mehrwert-Steuer soll nur bis zum Ende des Jahres niedriger sein.

Die Kritiker finden:

Man hätte die Gelegenheit nutzen müssen, um langfristige Verbesserungen zu erreichen.



Eine Kritik lautet auch:

Die Bundes-Regierung hat zu viele kleine Dinge beschlossen.

Die Sorge ist: Jede einzelne Sache für sich wird nichts bringen.

Die Pläne werden deswegen vielleicht keine Wirkung haben.

Wie geht es weiter?

Die ersten Pläne hat die Bundes-Regierung also am 12. Juni beschlossen.

Dadurch sind sie aber noch nicht alle gültig.

Bei den meisten Plänen müssen noch der Bundestag und der Bundesrat zustimmen.

Das soll Ende Juni passieren.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / MIS. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 26-27/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 6. Juli 2020.